



Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

1. Den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

Wiesbaden, 04.03.2021

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 11. März 2021, um 16:00 Uhr,
Kurhaus, Kurhausplatz 1, 65189 Wiesbaden

**HINWEIS: Es wird dringend empfohlen,
während der gesamten Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.**

Tagesordnung I

1. Mitteilungen
2. Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 12.11.2020 und 10.12.2020
3. **20-V-01-4015** **DL 45/20-2**
Tätigkeitsbericht des Kommunalen Frauenreferates, 2017 - 2019
4. **20-V-40-0014** **DL 01/21-2**
Erweiterung des Berufsschulzentrums am Standort der Friedrich-List-Schule -
Ausführungsvorlage

4.1 21-V-40-0003

DL 06/21-5

Friedrich-Ebert-Schule - Einrichtung und Ausstattung Neubau

5. 21-F-02-0002

Ortsbeiräte ernst nehmen und Dialog führen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 02.03.2021 -

Viele Ortsbeiratsmitglieder beklagen, dass ihr Votum von den städtischen Gremien und der Verwaltung nicht ausreichend beachtet und gewichtet wird. Ihre Empfehlungen würden sowohl von der Stadtverordnetenversammlung als auch dem Magistrat, den Fachämtern und der Verwaltung - ohne Dialogführung - häufig übergangen. Dies zeige sich bspw. in der Diskussion um die Umgestaltung des Kirchenplatzes in Naurod oder jüngst bei der Umbenennung der Pfitznerstraße in Nordost.

Des Weiteren werde auf Anträge und Anfragen der Ortsbeiräte oft nur mit erheblichem Zeitverzug geantwortet oder sie würden mit nicht nachvollziehbaren Erwägungen abgelehnt. Dies erschwert die Arbeit in den Ortsbeiräten nicht nur, sondern blockiert sie auch. Andererseits sind die durch den Magistrat festgelegten Rückmeldefristen der Ortsbeiräte teilweise derart verkürzt festgesetzt, dass eine Rückmeldung manchmal nur verspätet erfolgen kann.

Es erscheint sinnwidrig und ist frustrierend, wenn die Ortsbeiräte umfangreich diskutieren, beraten und entsprechende Antworten formulieren, aber eigene Anträge der Ortsbeiräte nur verzögert beantwortet werden, nicht ausreichend begründet werden oder sogar unbeantwortet bleiben. An einem direkten Dialog mit den Ortsbeiräten fehlt es häufig. Die ehrenamtlichen Ortsbeiratsmitglieder können auf der einen Seite nicht als „Experten vor Ort“ bezeichnet werden und auf der anderen Seite nur dann ernst genommen werden, wenn ihr Votum in die Verwaltungsmeinung passt.

Es stellt sich daher die Frage, welche Aufgaben den Ortsbeiräten zur endgültigen Entscheidung überhaupt noch obliegen, wenn ihnen Stück für Stück der Entscheidungsspielraum genommen und ihr Vorschlagsrecht in den Angelegenheiten, die ihnen einst zugesprochen wurden (wie bspw. in den Eingliederungsverträgen), missachtet werden bzw. die ihnen eingeräumten Rechte später wieder eingeschränkt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung hat volles Vertrauen in die Tätigkeit der Wiesbadener Ortsbeiräte, das örtliche Geschehen angemessen zu bewerten.
2. Die Stadtverordnetenversammlung wird in den Themen, die sie nach den Richtlinien den Ortsbeiräten zur faktisch letzten Entscheidung überlassen hat und wo die Ortsbeiräte zur abschließenden Entscheidung berufen sind, im Regelfall das Votum der Ortsbeiräte berücksichtigen und ggf. Kompromisslösungen im Dialog mit den Ortsbeiräten anstreben.
3. Weiterhin erkennt die Stadtverordnetenversammlung an, dass die Arbeit der Ortsbeiräte unverzichtbar ist im Hinblick auf ihre lokalen Kompetenzen und dass zukünftig häufiger der direkte Dialog mit diesen gesucht wird.
4. Der Magistrat wird gebeten auf einen wertschätzenden Umgang mit den Ortsbeiräten hinzuwirken und insbesondere innerhalb von maximal vier Wochen nach Eingang der Anfrage bzw. des Antrags der Ortsbeiräte zurückzumelden, dass sie die Anfrage / den Antrag erhalten haben und wie sie mit diesem weiterhin verfahren.

6. 21-F-03-0006

Mehr Grün in die Stadt

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.03.2021 -

Angesichts der fortschreitenden Klimaerhitzung, die vor allem Bewohner*innen überwärmter Innenstadtquartiere, aber auch Besucher*innen der City belastet, muss die „grüne und blaue Infrastruktur“ in Wiesbaden gestärkt werden. Urbanes Grün hat eine wichtige soziale Funktion und dient der Daseinsvorsorge in verdichteten Stadtgebieten. Schattenspendende Bäume, begrünte Sitzgelegenheiten, Dach- und Fassadenbegrünungen, offene Wasserflächen, Springbrunnen und Trinkwasser-Zapfstellen sind unverzichtbare Elemente zur stadtklimatischen Anpassung. Grün- und Wasserflächen steigern die Wohn- und Aufenthaltsqualität in der City und sind daher ein wichtiger Baustein für eine auch künftig lebendige Fußgängerzone. Zudem finden dort Insekten, Vögel und andere Stadttiere Nahrung, Trinkwasser und Lebensraum.

Um Wiesbaden in diesem Sinne fit für eine lebenswerte Zukunft zu machen, bedarf es eines zielgerichteten Konzepts für mehr Grün und mehr Wasser in der Innenstadt. So hat z.B. die Stadt Wien das Pilotprojekt „Kühle Meile Zieglerstraße“ für eine klimaangepasste Straße in einem hochverdichteten Stadtgebiet auf den Weg gebracht. Das Deutsche Architekturmuseum in Frankfurt widmet sich derzeit dem hochaktuellen Thema mit der Ausstellung „Einfach Grün - Greening the City“, digital erlebbar unter <https://dam-online.de/veranstaltung/einfach-gruen/>.

Auch in Wiesbaden gibt es bereits vielversprechende Ansätze wie z.B. Maßnahmen im Rahmen des Bund-Länder-Programms „ISEK-Stadtgrün“. Das Grünflächenamt befasst sich intensiv mit dem Erhalt von schattenspendenden Altbäumen, verbesserten Standortbedingungen für Neupflanzungen und mit „Zukunftsbäumen“, also klimaresilienten Baumarten für unsere Stadt.

Um gegen die zunehmende und bereits spürbare Überwärmung Wiesbadens anzusteuern, möchten wir umgehend ein Pilotprojekt für eine grünere und kühlere Innenstadt im Sommer 2021 starten und ein Gesamtkonzept für mehr Grün in Wiesbaden entwickeln.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, welche Maßnahmen der grünen und blauen Infrastruktur mit stadtklimatisch ausgleichender Wirkung in der Wiesbadener Innenstadt bereits geplant sind oder umgesetzt werden.
2. als Pilotprojekt im Rahmen eines „Klimasommers 2021“ besonders stark versiegelte Plätze in der Innenstadt wie z.B. die Schützenhofstraße in der Fußgängerzone mit Grünen Wänden, Bäumen in Kübeln sowie weiteren hierfür geeigneten Elementen zu begrünen. Dazu soll eine Kostenschätzung vorgelegt werden.
3. ein Gesamtkonzept für die Wiesbadener Innenstadt zur Begrünung unter Einbeziehung des Elementes Wasser vorzulegen und aus diesem Konzept auch Empfehlungen für andere verdichtete Ortsbereiche abzuleiten, z.B. Biebrich, Kastel, Dotzheim etc.

Es sollen hierfür insbesondere die folgenden Maßnahmen geprüft und jeweils geeignete Standorte gesucht werden:

- Neupflanzung standortgerechter Bäume, darunter auch großkronige
- Bäume in Pflanzkübeln
- Vertikale Gärten, Fassaden- und Dachbegrünungen
- Begrünung von Bushaltestellen
- Begrünung von Parkdecks
- Sitzplätze mit schattenspendenden Pergolen (Stichwort „Klimainseln“)
- Entsiegelungen zur Schaffung von Blüh- und Vegetationsflächen sowie Versickerungsmulden
- Temporäre/mobile Begrünungen wie Pflanzkübel, Urban-Gardening-Inseln und Grünwände

- Multifunktionale Wasserflächen auch für Kinder
- Springbrunnen, Wasserspiele, Kühlbögen mit Wasserdüsen
- Trinkwasser-Zapfstellen
- Helle Bodenbeläge/Pflasterungen
- Wasserdurchlässige Befestigungen

4. eine Kostenschätzung für die Maßnahmen eines solchen Gesamtkonzepts vorzulegen und für den Doppelhaushalt 2022/2023 anzumelden.

7. 21-F-05-0021

Die Weichen werden jetzt gestellt: Perspektiven für das Pandemiejahr 2021 eröffnen
- Antrag der FDP-Fraktion vom 03.03.2021 -

Auch auf kommunaler Ebene müssen die Weichen gestellt werden, damit auch in der voraussichtlich noch das Jahr über andauernden Pandemielage die Einschränkungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens auf ein verträgliches Maß zurückgefahren werden können. Städte wie Rostock und Tübingen, aber auch der Landkreis Böblingen haben gezeigt, dass umsichtiges Handeln auf kommunaler Ebene zu einer Eindämmung der Pandemie führen kann.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

- 1) Der Magistrat wird gebeten, auf die Industrie- und Handelskammer sowie den Einzelhandelsverband zuzugehen, um mit ihnen einen Aufruf für eine tägliche Senioren-Einkaufszeit bis 11 Uhr zu starten. In dieser Zeit soll der Lebensmitteleinzelhandel (und nach erfolgter Wiedereröffnung auch der restliche Einzelhandel) auf freiwilliger Basis vorrangig Senioren vorbehalten bleiben.
- 2) Der Magistrat wird gebeten, den Wiesbadener Kulturinitiativen entweder über die bestehenden Kartenverkaufsplattformen der Stadt (wie z.B. beim Caligari) oder über ein neu zu schaffendes Portal den digitalen Vertrieb ihrer Eintrittskarten (inklusive der voraussichtlich zu erfüllenden Personengebundenheit) zu ermöglichen.
- 3) Der Magistrat wird beauftragt, alle Anstrengungen zu unternehmen, um bis spätestens Pfingsten 2021 alle Wiesbadener Klassenräume mit Luftfiltergeräten auszustatten, um so die Grundlage für eine schnellstmögliche Rückkehr möglichst vieler Schüler in den Präsenzunterricht zu schaffen.
- 4) Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den freien Trägern allen Mitarbeiter/innen in Kitas ein tägliches Schnelltestangebot zu unterbreiten. Dazu sollen alle Kooperations- und Unterstützungsmöglichkeiten (Ärzte, Apotheker, Hilfsorganisationen) in Erwägung gezogen werden, ebenso wie die Möglichkeit der fachkundigen Schulungen zur eigenständigen Durchführung in den Einrichtungen. Die Tests sind kostenfrei zur Verfügung zu stellen, soweit keine Finanzierung auf Grundlage einer Bundes- oder Landesregelung besteht. Zur Erlangung von Preisvorteilen soll die Beschaffung durch die Stadt erfolgen können. Der Magistrat wird weiterhin beauftragt, sich beim Land Hessen für eine analoge Regelung für alle Lehrerinnen und Lehrer einzusetzen und bis dahin die Möglichkeiten zu prüfen, auch dies - wie für Kita-Mitarbeiter/innen - durch die LHW anzubieten.
- 5) Eingedenk der Tatsache, dass nach der derzeitigen Beschlusslage der Ministerpräsidentenkonferenz, der Besuch der Gastronomie mit mehreren Haushalten und von Kultureinrichtungen auch nach Wiedereröffnung auf absehbare Zeit nur mit einem negativen Schnelltestergebnis möglich sein wird, wird der Magistrat gebeten, mit den Vertretern der Gastronomiebranche sowie der Kultureinrichtungen ein Konzept für kleine Schnellteststraßen zu entwickeln, bei denen sich die Besucher gegen eine Kostenbeteiligung testen lassen können. Diese Schnellteststraßen sollten vorrangig in den Kultur- und Gastronomiequartieren der Stadt eingerichtet werden.

- 6) Der Magistrat wird aufgefordert, proaktiv und abhängig von der aktuellen und zu erwartenden Verordnungslage eigene Strategien und Konzepte zu entwickeln, um bei Veränderung im pandemischen Geschehen schnell handlungsfähig zu sein und gleichzeitig die öffentliche Gesundheit zu gewährleisten. Dazu sind alle technologischen Möglichkeiten zu prüfen und notwendige Interessenvertreter frühzeitig einzubinden.

8. 21-F-10-0004

Umfassende Revision des Bauprojekts Ostfeld/Kalkofen
- Antrag der AfD-Fraktion vom 03.03.2021 -

Begründung:

Die aktuellen Planungen für ein Stadtquartier im Ostfeld, die im September vergangenen Jahres im Beschluss einer Entwicklungssatzung für das 450 ha große Entwicklungsgebiet mündeten, gehen zurück auf die Jahre 2016 und 2017, als Stadtgesellschaft und Stadtpolitik unter dem Eindruck zum einen der Flüchtlingskrise, zum anderen einer (bundesweiten) wirtschaftlichen Hochkonjunktur standen; kombiniert führten diese beiden Faktoren in den Großstädten zu einem überdurchschnittlichen, fast sprunghaftem Bevölkerungswachstum, auf das die meisten Städte in dieser Form nicht vorbereitet waren. Auch Wiesbaden nicht.

Aus dieser Situation heraus entstand die Idee, mit der Errichtung eines neuen Stadtteils für 8000 - 12000 Einwohner im sogenannten Ostfeld der akuten Wohnungsnot in der Stadt Abhilfe zu leisten. Diese Idee war von Beginn an mit einem Widerspruch belastet: dass nämlich die Wohnungsnot im *Hier und Jetzt* zu lösen sei mit dem Bau eines Stadtteils, der erst in der Mitte der 2030er Jahre für Wohnungssuchende zur Verfügung stehend würde. Diesem Widerspruch wurde von Seiten der Kooperation stets mit der Behauptung begegnet, Wiesbaden werde auch weiterhin so stark wachsen wie bisher, weswegen das Allgemeinwohl der Stadtgesellschaft gefährdet wäre, sollte bis 2035 nicht das Ostfeld gebaut worden sein.

In der Zwischenzeit ist jedoch deutlich geworden, dass Wiesbaden mitnichten im prognostizierten Maße so weiterwächst wie in der vergangenen Dekade. Auch ist im Rahmen des für das Bauprojekt obligatorischen Zielabweichungsverfahrens, das gerade in der Regionalversammlung Südhessen Thema ist, erstmals öffentlich bekannt geworden, dass das Projekt Ostfeld/Kalkofen deutlich anders umgesetzt werden soll, als von der Stadtverordnetenversammlung im Herbst 2020 beschlossen. Von den Änderungen des Projektentwurfs ist die Stadtverordnetenversammlung jedoch nie in Kenntnis gesetzt worden.

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

I Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

1. dass, wie aus dem von der Kooperation beim RP Darmstadt eingereichten Antrag auf Zielabweichung im Ostfeld hervorgeht, die gesamte Fläche des geplanten Gewerbegebietes (ca. 27 ha) dem Bundeskriminalamt zur Verfügung gestellt werden soll (siehe *Antrag* S. 70), während im *Bericht über die vorbereitenden Untersuchungen* noch von lediglich 14-20 ha die Rede ist. (siehe *Bericht*, S. 248)
2. dass zwischen 2019 und heute eine Schwerpunktverschiebung - von der Notwendigkeit der Schaffung von Gewerbeflächen und in der Folge Arbeitsstätten für Geringqualifizierte hin zur vollständigen Priorisierung der Pflichten, die der LHW als Oberzentrum zufließen (Bereitstellung von Flächen für Bundesbehörden) - stattgefunden hat.

3. dass die Stadtverordnetenversammlung von dieser folgenreichen Änderung des Projekts bislang keinerlei Kenntnis hatte und erst aus dem beim RP Darmstadt eingereichten Antrag davon erfahren hat.
4. dass die Bevölkerungsentwicklung der LHW in den letzten zwei Jahren darauf hindeutet, dass der dem Ostfeld-Projekt zu Grunde gelegte „Boom“ der Stadt zu Ende ist. (Zuwachs gg. Vorjahr in 2019: 13 Einwohner; in 2020: ca. -130 Einwohner; aktuelle Bevölkerungszahl, Stand 31.01.2021: 291 063)
5. dass die Entwicklung der Flächen für das BKA am Standort Kalkofen auch mittels normalen Baurechts durchgeführt werden könnte, da es an diesem Standort keine unlösbaren Konflikte mit Flächeneigentümern und -pächtern gibt, die Flächen aufgeben müssten.

II Der Magistrat wird aufgefordert,

1. alle Planungen zum Städtebauprojekt Ostfeld/Kalkofen, die sich auf die Errichtung eines Stadtquartiers im südlichen Teilbereich des Entwicklungsgebietes auf dem Wege einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme nach §165 BauGB beziehen, umgehend einzustellen.
2. diejenigen Flächen im nördlichen Teilgebiet des Entwicklungsgebietes zu erwerben, die sich noch nicht im Besitz der Landeshauptstadt Wiesbaden befinden, sofern diese Flächen für die Entwicklung des zukünftigen Zentralstandortes des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden nötig sind.
3. bei der Entwicklung der avisierten ca. 27ha für den neuen Behördenstandort auf Sonderbaurecht zu verzichten.
4. für die Entwicklung des Behördenstandortes eine Kostenbeteiligung beim zuständigen Bundesministerium zu beantragen.

9. 20-F-08-0071

Übertragung der Stadtverordnetenversammlung als Livestream
- Antrag der Fraktion L&P vom 04.11.2020 -

ANLAGE

10. 20-F-05-0053

Gastronomie wirksam entlasten - Keine Sondernutzungsgebühren für die Außengastronomie in 2021
- Antrag der Fraktion Freie Demokraten vom 09.09.2020 -

ANLAGE

11. 20-F-08-0088

Cannabis Social Club
- Antrag der Fraktion L&P vom 02.12.2020 -

ANLAGE

12. 20-F-13-0008

„Europastadt“ Wiesbaden - Europäische Idee kommunal verankern!
- Antrag der FW-Fraktion vom 01.12.2020 -

ANLAGE

13. 20-F-13-0004

Dem Obstklau begegnen!
- Antrag der FW-Fraktion vom 03.11.2020 -

ANLAGE

14. 20-F-33-0005

Vermeidung von Littering im öffentlichen Raum
- Antrag der Fraktionen von SPD und CDU vom 09.09.2020 -

ANLAGE

15. 20-F-08-0061

Mehr geförderte Wohnungen hier und heute!
- NEUFASSUNG des Antrags der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom
12.11.2020 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. November 2020 -

ANLAGE

16. 19-F-08-0063

Akteneinsichtsausschuss zur Vergabe der Planungsleistungen für den Sportpark Rheinhöhe
- Antrag der Fraktion L&P vom 04.09.2019 -

Berichterstattung: Stv. Kienast-Dittrich

ANLAGE

17. Anträge zu Gastronomie Kurhaus und RMCC

17.1 19-A-60-0001

Akteneinsichtsausschuss Vergabe Gastronomie Kurhaus und RMCC sowie
Spielbankkonzession

Berichterstattung: Stadtv. Diers

ANLAGE

17.2 20-F-03-0008

Konsequenzen aus den Ergebnissen des Akteneinsichtsausschusses und des Revisionsberichts
Vergabe Gastro KH, RMCC und Spielbankkonzession
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.02.2020 -

ANLAGE

17.3 20-F-05-0022

Akteneinsichtsausschuss Vergabe Gastronomie Kurhaus, RMCC und Spielbankkonzession
- Antrag der FDP-Fraktion vom 13.02.2020 -

ANLAGE

17.4 20-F-21-0004

Vertrauen zurückgewinnen - umfassende Revision ermöglichen Teil 2
- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 23.01.2020 -

ANLAGE

17.5 20-F-33-0003

Antrag zu den TOP's 7, 8 und 1 NÖ der Sitzung des Revisionsausschusses am 29.01.2020
(Spielbankbetrieb, Kurhausgastronomie, RMCC)
-Antrag der CDU und SPD vom 29.01.2020-

ANLAGE

17.6 20-F-24-0002

Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP für die Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 10. Dezember 2020 zu TO I TOP 14 „Anträge zu
Gastronomie Kurhaus und RMCC“

ANLAGE

**Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die
Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.**

Tagesordnung II

1. **19-V-20-0003** **DL 10/19-3, 02/19-6**
Mindestfrauenanteil in der Aktiengesellschaft und GmbH mit verpflichtendem Aufsichtsrat
ANLAGE

2. **20-F-01-0015**
Kommunikationsaufträge RCC - weiterer Beratungsbedarf (Akteneinsichtsausschuss)
-Antrag der SPD-Rathausfraktion zu TOP 2 der Sitzung des Revisionsausschusses am 25. November 2020 -
ANLAGE

3. **20-F-05-0055**
Akteneinsichtsausschuss AWO
-Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion zu TOP III/16 der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. September 2020-
ANLAGE

4. **20-V-02-0004** **DL 52/20-1**
Betrachtung der EXINA GmbH mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen

5. **20-V-04-0015** **DL 52/20-2**
Bericht zum Platz der deutschen Einheit

6. **20-V-20-0041** **DL 52/20-3**
Festsetzung der Gewerbesteuerkompensationsleistung

7. **20-V-31-0011** **DL 11/21-1, 09/21-1**
AG "Sicheres Westend"

8. **20-V-33-0003** **DL 03/21-3**
Konzept Kooperation mit Migrantenorganisationen

9. **20-V-36-0022** **DL 02/21-1**
Vorabfreigabe von Zuschussmitteln für das Programm "Blühende Landschaften und Lebensräume in Wiesbaden"
10. **20-V-40-0009** **DL 01/21-1**
Adalbert-Stifter-Schule - Grundsatzvorlage - Sanierung des Bestandes und Neubau einer zusätzlichen 1-Feld-Turnhalle
11. **20-V-40-0016** **DL 01/21-3**
Erfahrungsbericht zum Energiesparmodell EmMi (Emissions-Minderung an Wiesbadener Schulen)
12. **20-V-40-0020** **DL 11/21-2, 09/21-2, 01/21-2**
IGS Rheingauviertel - Grundsatzvorlage - Abriss und Neubau einer 1-Feld-Turnhalle nach historischem Vorbild
13. **20-V-41-0026** **DL 01/21-4**
Internationale Maifestspiele 2021; Programm- und Finanzplanung
14. **20-V-50-0006** **DL 02/21-2**
Wiesbadener Geschäftsbericht SGB XII, Jahresbericht 2019
15. **20-V-51-0015** **DL 05/21-2**
Planstellenbedarf Umsetzung Handlungsprogramm "Jugend ermöglichen"
16. **20-V-51-0051** **DL 03/21-4, 01/21-3**
Katholische Kindertagesstätten St. Elisabeth und St. Michael, investive Zuschüsse zum Bestandserhalt der Kindertagesstätten
17. **20-V-51-0052** **DL 02/21-3**
Wohnungsbauprogramm 2020, Ausführungsvorlage

- 18. 20-V-51-0055** **DL 02/21-4**
Überarbeitung und Weiterentwicklung des zentralen Vormerksystems WIKITA
- 19. 20-V-51-0056** **DL 08/21-1, 07/21-1**
Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90, Kita Stettiner Straße in Wiesbaden-Biebrich in Trägerschaft der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.
- 20. 20-V-51-0058** **DL 05/21-3**
Personelle Stärkung des Bereiches 51.21 Allgemeine Verwaltung
- 21. 20-V-52-0014** **DL 08/21-2, 07/21-2**
Errichtung von Sportflächen im Zuge des Neubaus der Grundschule in Wiesbaden-Breckenheim
- Ausführungsvorlage
- 22. 20-V-66-0006** **DL 01/21-5**
Umsetzung der Konzepte DIGI-L
- 23. 20-V-66-0236** **DL 11/21-3, 09/21-3**
Nördliches Nerotal - Einrichtung einer Tempo-30-Zone
- 24. 20-V-66-0243** **DL 08/21-3, 07/21-3**
Elisabethenstraße - Herstellung einer Radverbindung
- 25. 20-V-66-0303** **DL 03/21-5**
Bericht über das Ergebnis des Jahresabschlusses 2019 und die Entwicklung des Instandhaltungsbudgets 2020 für die Verkehrsinfrastruktur
- 26. 20-V-70-0005** **DL 01/21-6**
Erweiterung der Deponie Dyckerhoffbruch um einen neuen Deponieabschnitt IV (DA IV) der Deponieklasse I (DK I)

27. 21-A-02-0001

Abwicklung der Arbeitsverhältnisse von Fraktionsmitarbeitenden

ANLAGE

28. 21-F-01-0001

Erhalt der Wasserfläche in Wiesbadens Bäderlandschaft

- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.02.2021 -

ANLAGE

29. 21-F-01-0003

Rechtliche Überprüfung der anwaltlichen Tätigkeit eines Stadtverordneten

-Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 24.02.2021-

ANLAGE

30. 21-F-02-0001

Weiterhin offene Fragen hinsichtlich der Rolle der AWO Wiesbaden und der Causa Manjura

-Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2021-

ANLAGE

31. 21-F-05-0004

Aufträge RCC: Umfassende Prüfung durch das Revisionsamt

-Antrag der Fraktion FDP vom 17.02.2020-

ANLAGE

32. 21-F-05-0005

Aktenführung bei den Dezernaten

-Antrag der FDP Fraktion vom 17.02.2021

ANLAGE

33. 21-F-21-0015

Öffentliche Ladesäulen für E-Bikes im Stadtgebiet

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 24.02.2021 -

ANLAGE

34. 21-F-24-0001

Gründerzentrum im Alten Gericht endlich umsetzen
-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Freien Demokraten vom 03.03.2021-

ANLAGE

35. 21-F-26-0001

Aufklärung über Agenturleistungen von RCC
-Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis90/ Die Grünen und FDP vom 24.02.2021-

ANLAGE

36. 21-V-01-0001

DL 02/21-5

Maßnahmen zur Förderung des Bürgerengagements - Zuschuss für Servicestelle für Vereine

37. 21-V-01-0003

DL 08/21-4, 07/21-4

Verschiebung Ball des Sports 2021

38. 21-V-01-3001

DL 06/21-1

Zuschuss Beit Berl College, Israel

39. 21-V-02-8002

DL 08/21-5, 07/21-5

Arbeitsmarktprojekt 'Neue Wege in den Beruf' - Projektverlängerung 2021 bis 2023

40. 21-V-02-8005

DL 06/21-2

Mittelfreigabe vorläufige Haushaltsführung

41. 21-V-02-8007

DL 08/21-6, 07/21-6

Das RheinRad Wiesbaden

42. 21-V-02-8009

DL 11/21-5, 09/21-4

Restart City

- | | | |
|------------|--|----------------------------|
| 43. | 21-V-02-8010 | DL 11/21-6, 09/21-5 |
| | Sachstandsbericht Masterplan Innenstadt | |
| 44. | 21-V-04-0002 | DL 08/21-7, 07/21-7 |
| | Bericht zum Projekt Walkmühle | |
| 45. | 21-V-05-0002 | DL 03/21-6 |
| | Gesamtbericht der Lokalen Nahverkehrsorganisation nach Art. 7 Abs. 1 der EU-VO 1370/2007 für die Jahre 2018 und 2019 | |
| 46. | 21-V-20-0002 | DL 05/21-4 |
| | Investitionscontrolling 2020 zum Stichtag 04.01.2021 | |
| 47. | 21-V-20-0003 | DL 05/21-5 |
| | Neuer Gesellschaftsvertrag der EXINA GmbH | |
| 48. | 21-V-20-0005 | DL 05/21-6 |
| | Halbjährlicher Bericht (II/2020) über die Aufnahme von Darlehen und langfristigen Liquiditätskrediten | |
| 49. | 21-V-20-0009 | DL 05/21-7 |
| | Haushaltsplan 2022/2023 (Rahmen-Terminplan) | |
| 50. | 21-V-36-0004 | DL 08/21-8, 07/21-9 |
| | Vorabfreigabe von Mitteln für die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes und der Klimabilanz | |
| 51. | 21-V-40-0002 | DL 06/21-4 |
| | Haushalt 2021, Vorabfreigaben | |
| 52. | 21-V-40-0004 | DL 05/21-8 |
| | Finanzbericht Schulamt für 2020 | |

53. 21-V-40-0005 DL 11/21-8, 05/21-9
Erweiterung Hebbelschule/Mittelstufenschule Dichterviertel
54. 21-V-40-0006 DL 08/21-9, 07/21-10
Neubau Grundschule Breckenheim - Ausführungsvorlage
55. 21-V-40-0008 DL 08/21-10, 07/21-11
Geschäftsbericht 2.0 Bauprojekte des Schulamtes der Jahre 2018 - 2020
56. 21-V-41-0001 DL 02/21-7
Gebäude kuenstlerhaus 43, Letter of Intent
57. 21-V-41-0002 DL 02/21-8
Nutzung Palast-Hotel; Antrag kuenstlerhaus43
58. 21-V-41-0004 DL 06/21-6
Auswirkungen der Corona-Pandemie im Bereich Kultur
59. 21-V-51-0005 DL 03/21-7
Sachstandsbericht Neubebauung Freiherr-v.-Stein-Schule, Verwaltungsstandort Süd und Bürgersaal Biebrich
60. 21-V-51-0008 DL 08/21-11, 07/21-12
Zuschussförderung Bauvorhaben Kita und Wohnen Hainweg, Ausführungsvorlage
61. 21-V-52-0003 DL 08/21-12, 07/21-13
Sachstandsbericht Verlagerung Betriebshof Sportamt
62. 21-V-53-0001 DL 03/21-8
Zuschusswesen - Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln

63. 21-V-61-0010 DL 11/21-11, 09/21-7

Renovierungsprogramm für die Fußgängerzone (Refit FUZO)

ANLAGE

64. 21-V-63-0001 DL 08/21-17, 07/21-18 , 01/21-7

Bauvoranfrage zum Neubau eines Studierendenwohnheims mit 170 Einzel-appartements und einem großflächigen Einzelhandel mit Tiefgarage, Dotzheimer Straße 162

ANLAGE

65. 21-V-66-0001 DL 05/21-11

DIGI-L: Stufenkonzept

66. 21-V-66-0301 DL 05/21-12

Erneuerung von Ingenieurbauwerken in Wiesbaden

67. 21-V-66-0302 DL 05/21-13

Konstruktive Ertüchtigung der Mainbrücke in MZ-Kostheim als Gemeinschaftsmaßnahme mit Hessen Mobil

68. 21-V-66-0303 DL 05/21-14

Fahrbahndeckenprogramm WI und AKK 2021

69. 21-V-66-0304 DL 05/21-15

Grundhafte Erneuerung von Wirtschaftswegen in Wiesbaden und AKK 2021

70. 21-V-66-0305 DL 08/21-18, 07/21-20

Bericht zur Verkehrssicherung Fahr-, Gehwege - Mehrkosten Jahresabschluss 2020

71. 21-V-67-0003 DL 05/21-16

Aufhebung des Sperrvermerkes für dringende Maßnahmen des Grünflächenamtes

Tagesordnung III

1. 20-S-00-0001

Übertragung von Angelegenheiten auf den Haupt- und Finanzausschuss

ANLAGE

2. 20-V-82-0016

DL 52/20-4

TriWiCon Betriebskommission - Bestellung der Personalvertreter

3. 21-V-01-4002

41. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 29. Juni bis 1. Juli 2021 in Erfurt

ANLAGE

4. 21-V-04-0001

DL 11/21-7, 10/21-1 NÖ, 09/21-6

Künstlerviertel, Vereinbarung und Teilaufhebung des Bebauungsplans "Künstlerviertel" - Einleitung des Änderungsverfahrens

5. 21-V-16-0001

DL 06/21-3

Änderung der Ehrungsordnung

ANLAGE

6. 21-V-30-0001

DL 02/21-6

Vorschlag für die Wahl einer Ortsgerichtsschöffin/eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden II (Wiesbaden-Biebrich)

7. 21-V-41-0003

DL 05/21-10

Neufassung der Archivsatzung und der Benutzungsordnung für das Stadtarchiv Wiesbaden

8. 21-V-51-0006

DL 06/21-7

Nachwahl von Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses

9. 21-V-61-0003 DL 08/21-13, 07/21-14

Bebauungsplan „Schul- und Sportcampus Am Alten Weinberg“ im Ortsbezirk Breckenheim
- Satzungsbeschluss -

10. 21-V-61-0004 DL 08/21-14, 07/21-15

Flächennutzungsplanänderung "Hochschule RheinMain Standort Kurt-Schumacher-Ring"

11. 21-V-61-0005 DL 08/21-15, 07/21-16 , 01/21-6

Bebauungsplan "Hochschule RheinMain Standort Kurt-Schumacher-Ring"

ANLAGE

12. 21-V-61-0006 DL 11/21-9, 04/21-1

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich „Elisabeth-Selbert-Schule an der Stegerwaldstraße“ im Ortsbezirk Dotzheim
- Feststellungsbeschluss -

13. 21-V-61-0007 DL 11/21-10, 04/21-2

Bebauungsplan „Elisabeth-Selbert-Schule an der Stegerwaldstraße“ im Ortsbezirk Dotzheim
- Satzungsbeschluss -

14. 21-V-61-0013 DL 08/21-16, 07/21-17

Satzung zur Änderung von Festsetzungen über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen in Bebauungsplänen im Ortsbezirk Nordenstadt - Satzungsbeschluss -

ANLAGE

15. 21-V-61-0014 DL 11/21-12, 06/21-8

Bebauungsplan „Am Hochfeld“ im Ortsbezirk Erbenheim
- Aufstellungsbeschluss -

Zu diesen Punkten findet eine Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses statt:

16. 21-V-04-0003 DL 07/21-8

Änderung der Stellplatzverpflichtung für weiterführende Schulen

17. 21-V-66-0101

DL 07/21-19

Mindereinnahmen und Mehrausgaben bei Amt 66 verursacht durch Corona

ANLAGE

Tagesordnung IV

1. 20-V-20-0046

DL 01/21-1 NÖ

Bürgschaft Nr. 644 - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der WiBau GmbH

2. 20-V-20-0049

DL 01/21-2 NÖ

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 3. Quartal 2020

3. 20-V-20-0050

DL 02/21-1 NÖ

Zinsrisikomanagement - Sachstandsbericht II/2020

4. 20-V-36-0021

DL 01/21-3 NÖ

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 26.11.2020

5. 20-V-41-0024

DL 52/20-1 NÖ

Vorlass Volker Schlöndorff

6. 20-V-51-0062

DL 11/21-1 NÖ, 05/21-1 NÖ

Optimierung der Aufgabenorganisation in dem Bereich Verwaltung in der Abteilung Jugendarbeit

ANLAGE

7. 21-V-01-0004

DL 08/21-1 NÖ, 07/21-1 NÖ

Verpflichtungserklärung der Landeshauptstadt Wiesbaden gegenüber dem KDZ Wiesbaden für eine ZVK-Mitgliedschaft der WIVERTIS GmbH

8. 21-V-20-0001 DL 03/21-1 NÖ

Bürgschaft Nr. 641 - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der SG Germania Wiesbaden e. V.

9. 21-V-20-0006 DL 05/21-2 NÖ

Bericht zur Entwicklung eines Spezialfonds (Anlage von Teilen der Erlöse aus dem Verkauf der Anteile an der ESWE-Versorgungs AG) zum 31.12.2020

10. 21-V-20-0007 DL 05/21-3 NÖ

Bürgschaft Nr. 646 - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH

11. 21-V-20-0008 DL 05/21-4 NÖ

Bericht zur Entwicklung eines Spezialfonds (Anlage zur unterstützenden Vorsorge für Pensionszahlungen) zum 31.12.2020

12. 21-V-23-0209 DL 05/21-5 NÖ

Wohnbauflächenentwicklung Lange Seegewann im Ortsbezirk Delkenheim - Grundstücks- und Projektverträge

13. 21-V-23-0211 DL 08/21-2 NÖ, 07/21-2 NÖ

Verkauf eines Gewerbegrundstücks im Petersweg-Ost, Kastel

14. 21-V-23-0212 DL 05/21-6 NÖ

Max-Planck-Park, Delkenheim, Anpassung von Vertragsfristen

15. 21-V-23-0213 DL 05/21-7 NÖ

Petersweg-Ost, Kastel, Anpassung von Vertragsfristen

Zu diesen Punkten finden Sondersitzungen der Fachausschüsse statt:

16. 21-V-23-0216 DL 11/21-2 NÖ, 10/21-2 NÖ

Heimfallrechte an drei Erbbaurechten und Rückübertragungsrecht eines Grundstücks

17. 21-V-51-0015

DL 11/21-3 NÖ

AWO - Sicherung aller Kitaplätze

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin